

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verwaltung: Drag 11., Hřibská 18. • Telefon: 26793, 31469. • (Nachredaktion): 26797 • Postfach: 57544

12. Jahrgang.

Samstag, 5. März 1932

Nr. 56.

Finanzausschuss verzichtet auf die Forderungen.

Paris, 4. März. Der Finanzausschuss der Kammer stimmte heute nachmittags dem Bericht des Referenten Baroty, der die Ratifizierung des französisch-tschechoslowakischen Abkommens vom 20. Jänner in seiner ursprünglichen vom Ministerpräsidenten Tardieu verlangten Fassung empfiehlt, in zweiter Lesung zu. Die französische Regierung verpflichtet sich, daß sie die ganze Summe der Anleihe von 600 Millionen Franken garantiert und eventuell zeichnet.

Der Fememord an dem Verräter Semmelmann.

Freispruch des Täters.

Wien, 4. März. Vor den Wiener Geschworenen stand heute der südslawische Kommunist Piliovic, den die Anklageschrift als einen Agenten der kommunistischen Geheimorganisation bezeichnet, wegen des Mordes, den er Ende Juli des Vorjahres an dem ehemaligen Kommunisten Semmelmann begangen hatte. Piliovic verantwortete sich dahin, daß Semmelmann abtrünnig geworden sei und eine große Anzahl rumänischer Revolutionäre an die Securanga verrotten wollte; für die Verrottenen bestand die Gefahr der Todesstrafe.

Die Geschworenen haben die Frage auf Warden mit sieben Ja gegen fünf Nein beantwortet, so daß Piliovic von der Anklage des Mordes freigesprochen wurde. Er wurde lediglich wegen Verletzung des Waffenpotents, Falschmeldung und verbotener Rückkehr zu einem Monat Arrest verurteilt, welche Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt ist.

Die Donauföderation ein politischer Schachzug.

Die Ansicht der offiziellen deutschen Kreise.

Berlin, 4. März. Die offizielle „Diplomatisch-politische Korrespondenz“ befaßt sich mit dem französischen Plane der Zollgemeinschaft der Donauföderation, in dem sie ebenso wie die übrige deutsche Presse in erster Linie einen politischen Plan erblickt, der auf die Isolierung der deutschen Südgrenzen abzielt. Demgegenüber seien für das Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich niemals irgendwelche „geschäftliche“ Gedanken maßgebend gewesen, sondern nur das aufrichtige Bestreben, dem unglücklichen deutschen Volke in Oesterreich beizustehen. Der Korrespondenz sagt es besonders zu, daß der deutsche Antrag an Stelle langwieriger Verhandlungen eine augenblickliche Hilfe vertritt.

W33-Kredit an Deutschland verlängert.

10 Millionen Dollar bereits zurückgezahlt.

Wafel, 4. März. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich als Zuhälterin des Syndikates des Reichsbankkartells hat am 26. Juni 1931 gewährten Zentralbankkredit von 100 Millionen Dollar gibt bekannt, daß sie heute für Rechnung des Syndikates bei der Federal Reservebank of New York eine Zahlung von 10 Prozent des Kredites, d. h. 10 Millionen Dollar erhalten hat. Der verbleibende Nettobetrag von 90 Millionen Dollar ist der Reichsbank als neuer Kredit für drei Monate vom 4. März ab gewährt worden. Die vier an dem Kredit beteiligten Banken sind die Bank von Frankreich, die Bank von England, die Federal Reservebank of New York und die W33, deren Anteil sich auf 22,5 Millionen Dollar belaufen.

Fünf Kandidaten.

Berlin, 4. März. Das Büro des Reichswahlleiters teilt nachstehend die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl mit:

- Theodor Düstereberg, Oberleutnant a. D., Halle a. S.
- Karl von Hindenburg, Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin.
- Adolf Hitler, Regierungsrat im brounschweigischen Staatsdienst, München.
- Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg.
- Adolf Gustav Winter, Betriebsanwalt, Großhans bei Naumburg a. d. Saale.

Völkerbund drängt auf Aufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen.

Genf, 4. März. Die außerordentliche Völkerbundversammlung hat heute nachmittags im Hauptausschuss die Verhandlungen über den chinesisch-japanischen Konflikt fortgesetzt. Die Aussprache ging lediglich über die Frage,

ob die Feindseligkeiten in Schanghai tatsächlich eingestellt seien oder nicht. Den japanischen Erklärungen, daß dies der Fall sei, standen ebenso verschiedene Erklärungen der Chinesen entgegen.

Die Japaner waren außerdem bemüht, die ganze Angelegenheit als zur Zuständigkeit der in Schanghai befindlichen Vertreter der feindlichen Parteien und der Großmächte gehörig anerkennen zu lassen, während die Chinesen eine energische Intervention des Völkerbundes forderten und vor den japanischen Forderungen warnten. Der chinesische Delegierte warnte die Versammlung, sich durch die Japa-Korngana, die Japan hervorgezaubert habe, täuschen zu lassen. Japan wolle das ganze Gebiet zwischen Schanghai und Kantsing in seine Gewalt bringen.

Der Hauptausschuss einigte sich schließlich auf eine Resolution, die von dem spät abends einberufenen Völkerbundplenarium einstimmig angenommen wurde. Die Bundesversammlung macht sich darin die Beschlüsse des Völkerbundes vom 29. Jänner zu eigen und weist insbesondere darauf hin, daß die Vorbedingung für den Zusammentritt der Machtstaaten in Schanghai

die Einstellung der Feindseligkeiten und demgemäß der Abschluß eines Waffenstillstandes ist.

Der chinesische Vertreter hob ausdrücklich hervor, daß die Bestimmungen der Entschließung sich nur auf die Waffenstillstandsverhandlungen, nicht aber auf die spätere Konferenz bezögen; in den Waffenstillstandsverhandlungen dürften China keine besonderen Bedingungen gestellt werden.

Widersprechende Meldungen.

Schanghai, 4. März. Eine japanische amtliche Mitteilung besagt, daß es zu keinem Kampf mehr gekommen sei, seitdem gestern um 14 Uhr der Befehl zur Einstellung des Feuers ergangen sei.

Nach Meldungen aus glaubwürdiger chinesischer Quelle dagegen wird im Westen von Kanfchiang und Nanki heftig gekämpft. Der japanische Generalkommandant dementiert aber offiziell diese Meldungen.

China verlangt vorerst Räumung.

Schanghai, 4. März. Der stellvertretende Minister des Auswärtigen erklärte, die Schanghai-Konferenz werde höchstwahrscheinlich nicht abgehalten werden, solange die japanischen Truppen das von ihnen besetzte Gebiet nicht geräumt haben werden.

Die Ostrauer Werke provozieren weiter.

Sie beharren auf Verhandlungen über die Massenentlassung.

Nährisch-Ostau, 4. März. Bei den Verhandlungen des Ausschusses zur Prüfung der Mittel für eine bessere Beschäftigung der Bergarbeiter im Ostau-Starkirner Revier lehnten die Vertreter der Arbeiterschaft ab, über den Vorschlag der Direktorenkonferenz zu verhandeln, der eine Herabsetzung des Standes der Arbeiterschaft um etwa 12.000 Mann und eine Änderung einiger Lohnbestimmungen bedeutet.

Heute fand die Direktorenkonferenz den Kontextabenden des Bergarbeiter-Kollektivvertrages ein Schreiben, in welchem sie verlangt, daß über ihren Vorschlag auf Veränderung einiger Bestimmungen des Kollektivvertrages demnach verhandelt werde, und sie zu einer gemeinsamen Beratung auf Mittwoch, den 9. ds., einlud. Die Direktorenkonferenz kündigt den Kollektivvertrag vorläufig nicht, bemerkt aber, daß sie den Vertrag kündigen müsse, wenn eine Einigung nicht

erzielt werden könnte. In einem weiteren Schreiben weist die Direktorenkonferenz auf den schlechten Abgang von Kohle und Koks hin. Das Revier sei für die Förderung von 16 Millionen Tonnen Kohle und die Erzeugung von 4 Millionen Koks eingerichtet, könne aber heute kaum die Hälfte der Kohle und nicht einmal ein Drittel Koks absetzen. Sie hält es daher für notwendig, die Zahl der Arbeiterschaft zu verringern und die Förderung auf die Gruben mit den günstigen Verhältnissen zu konzentrieren, sonst sei die Konkurrenzfähigkeit des Reviers als Ganzes bedroht. Wechseltenden Urlauben, wie ihn die Vertreter der Bergarbeiter verlangen, damit die Arbeiter auf diese Weise die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung erhalten können, können die Gewerkschaften nicht zustimmen, weil dies im Betriebe technische Schwierigkeiten verursacht und die Produktion verteuert.

Lord Cecil zum Fernost-Konflikt.

Die Deutsche Völkerbundliga teilt mit:

Lord Robert Cecil hat sich als Präsident des Weltverbandes der Völkerbundgesellschaften an alle der Brüsseler Union angeschlossenen Vögel und insbesondere an ihre Präsidenten gewendet, damit diese die öffentliche Meinung aufrufen und die nötigen Schritte bei der Regierung unternehmen, um eine energisiertere und wirksamere Anwendung der im Völkerbundpakt zur Regelung internationaler Streitfälle vorgesehenen Hilfsmittel zu erzielen. „Denn“, so sagt Lord Cecil in seinem Schreiben, „der gegenwärtige Augenblick ist ebenso kritisch für den Völkerbund wie für die auf den Völkerbundpakt, den Pariser Pakt und alle anderen Kollektivverträge gegründete Erhaltung des Friedens. Wenn sich in diesem Fall eines wirklich ersten Konflikts zwischen zwei Großmächten dieses System als ohnmächtig erweisen sollte, wäre der Weltfrieden gefährdet und alles Vertrauen in die Wirksamkeit der Kollektivverträge erschüttert. Es ist kaum übertrieben zu sagen, daß die Welt nunmehr vor der Wahl steht zwischen dem im Laufe der letzten 12 Jahre errichteten System internationaler Zusammenarbeit und dem alten chaotischen Regime des Gleichgewichts der Mächte, das wiederum verhängnisvollen Merkmalen auch das des internationalen Weltfriedens trägt. Falls im Osten nicht eine gerechte und friedliche Regelung erzielt werden kann, wird die augenblicklich in Genf tagende Abrüstungskonferenz kaum erfolg-

reich sein. Ein Mißlingen dieser Konferenz aber würde katastrophale Folgen für die Welt haben.“

Parlament am 16. März.

Prag, 4. März. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die nächste Plenarsitzung des Hauses für Mittwoch, den 16. März, nachmittags 3 Uhr anzuberaumen. Auf der Tagesordnung steht das Bankengesetz und einige Zusatzprotokolle zu Handelsverträgen. Die nächste Woche wurde nach der Abstimmung der Bankenvorlage im Verfassungsausschuss und ihrer Behandlung im Budgetausschuss vorbehalten. Im Hause selbst soll die Beratung drei Sitzungstage in Anspruch nehmen. In den Senat kommt die Vorlage dann erst nach Ostern.

Das Präsidium nahm ferner den Beschluß des Inkompatibilitätsausschusses bezüglich der Unvereinbarkeit des Mandats mit der Stellung eines Verwaltungsrates einer Bank, die in Geschäftsbeziehungen zum Staate steht, beziehungsweise saniert wurde, zur Kenntnis und beschloß, eine neue Entscheidung des Ausschusses hinsichtlich der Verwaltungsstellen in Industriunternehmen herbeizuführen. Es werden ferner die nötigen Schritte eingeleitet werden, um festzustellen, welche Banken unter die Inkompatibilität fallen.

Schluß mit dem Lohnabbau!

Keine andere Unternehmerorganisation im ganzen Lande wird so reaktionär und kurzfristig geführt wie der Deutsche Hauptverband der Industrie. Nirgends ist es so schwer wie hier, in der Zeit der Konjunktur eine gewisse Besserung der Löhne zu erzielen und nirgends sind die Herren mit einem Lohnabbau rascher zur Hand als gerade in diesem Organisationsgebiet. Vor knapp einem Jahre wurden fast alle Lohnverträge im Wernsdorfer, Reichenberger und Trautenauer Gebiet gekündigt. Die Verhandlungen führten dann zu einem Lohnabbau von durchschnittlich 5 bis 7 Prozent. Das geschah zu einer Zeit, wo man noch in keinem anderen Vertragsgebiet an Lohnabbau dachte.

Es verfloßen kaum zehn Monate und die Herrschaften kündigten aufs neue die Verträge, einen weiteren Lohnabbau von 15 Prozent fordernd. Dabei ist festgestellt, daß es sich wenigstens in verschiedenen Fällen gar nicht um Wünsche der Unternehmer, sondern ganz einfach um eine Scharfmacherei des Hauptverbandes und seiner Sekretäre handelt, die anscheinend dadurch ihre „Bedeutung“ dokumentieren wollen, daß sie auch noch die Schuldlohn, die gegenwärtig bezahlt werden, herunterreißen. Nunmehr haben ihnen aber die Metallarbeiter des Reichenberger Vertragsgebietes ein ganz entschiedenes „Hallo“ zugerufen. Nachdem zwei Verhandlungen ergebnislos verliefen — die Unternehmervertreter wollten sich in der zweiten Verhandlung mit einem Lohnabbau von „nur“ 12 Prozent begnügen — haben die Vertrauensmänner beschlossen, keinem weiteren Lohnabbau zuzustimmen und eine Vollversammlung der Metallarbeiter hat diesen Beschluß bestätigt. Damit ist eine klare Situation geschaffen und man wird sehen, wie die Herrschaften darauf reagieren werden.

Uns interessiert aber in diesem Zusammenhang besonders die Argumentation, mit welcher die Unternehmer einen weiteren Lohnabbau begründen. Zunächst geben sie klipp und klar zu, daß dadurch keine Verbesserung der Industrie erfolgen kann. Es wäre auch schwer, nach den Erfahrungen des letzten Lohnabbaus eine solche Behauptung zu vertreten. So sagen sie nun, es gehe einfach um die Existenz der Betriebe, es gehe darum, ob diese Betriebe aufrechterhalten werden können oder nicht. Sie verweisen auf die ungeheure Konkurrenz, welche ihnen die japanische, die deutsche, die englische und die schwedische Industrie mache, sie regen sich über die Einfuhrdrohselungen auf, welche in anderen Ländern bestehen und schreiben in einem Atemzug nach einer noch schärferen Absperzung der Tschechoslowakei. Sie versprechen allerdings zu sagen, daß der englische Arbeiter trotz der Pfundentwertung immer noch erheblich mehr verdient als der tschechoslowakische Arbeiter im allgemeinen und der Reichenberger im besonderen, ebenso wie der deutsche Arbeiter auch nach dem durch die Notverordnung erzwungenen Lohnabbau.

Sie wollen aber vor allem nicht verstehen, daß ja eben die Ergebnisse der bisherigen Taktik des Lohnabbaus das schlagendste Argument gegen ihre Forderungen sind. Wenn man den Verfall der Industrie mit dem vorjährigen Lohnabbau hätte aufhalten oder verhindern können, so könnte man vielleicht annehmen, daß auf diese Weise die Wirkungen der Krise gemildert werden könnten. Aber nichts davon ist eingetroffen und die Krise hat sich im Gegenteil verschärft. Vor einem Jahre Abbau um 7 Prozent, nunmehr um 10 oder 12 Prozent — man muß wahrlich kein Prophet sein, um zu wissen, daß nach ein paar Monaten unweigerlich wieder die nächste Forderung nach einem Abbau kommen würde. Beträgt heute der vertragliche Mindestlohn eines qualifizierten Metallarbeiters im Reichenberger Gebiet 3,65 Kronen pro Stunde, so würde er bei Erfül-

Eine Gegenüberstellung.

Der „Vorwärts“ behauptet in seinen letzten Ausgaben, die Sozialdemokraten seien mitschuldig an den imperialistischen Bemühungen Japans. Er sprach von einer direkten Unterstützung, welche die Regierung der sieben sozialistischen Minister, nämlich die Regierung der Tschchowlo-Wakei den japanischen Räubern gewährte.

Es ist nicht notwendig, die Sozialistische Arbeiterinternationale und unsere Partei gegen die Vorwürfe in Schutz zu nehmen, die ihr die kommunistische Presse ununterbrochen macht. Wer nimmt diese Vorwürfe noch ernst? Aber es schadet nichts, den kommunistischen Meldungen eine Rechnung der bürgerlichen Blätter gegenüberzustellen, die die merkwürdige Rolle Rußlands in dem Streit China-Japan zeigt:

„Vorwärts“ vom 2. März: „Das Büro der Zweiten Internationale klagt heuchlerisch die kapitalistischen Regierungen an, daß sie es nicht wagen, wirksame Altschmitt-Mittel gegen Japan anzuwenden und statt dessen Mission an Japan liefern.“

„Reichenberger Zeitung“ vom 4. März:

„Japans Dank an die Sowjetregierung“: Tokio, 4. März. Der japanische Kriegsminister Kraschi sprach dem russischen Botschafter in Tokio den Dank für die japanischen Regierung für die freundliche Unterstützung aus, die die Beamten der Chinesischen Ostbahn den japanischen Truppen beim Transport auf der Bahn erwiesen haben.

Die Chinesische Ostbahn ist nämlich in russischem Besitz. Man sieht, wie ernst es den Kommunisten mit den Protesten gegen denselben japanischen Raubzug ist, den sie durch die Begünstigung japanischer Truppentransporte auf ihren Bahnen unterstützen.

Die Kommunisten mögen sich gefälligst nicht auf das „Vügen“ der bürgerlichen Presse berufen: sie führen gegen die Sozialdemokraten ununterbrochen die bürgerliche Presse ins Feld und müssen sich gefallen lassen, daß ihr sonstiger Bundesgenosse einmal gegen sie zeugt.

Mährisch-schlesischer Landesauschuß. In der geistigen Landesauschüßung wurde beschlossen für Investitionsbauten in der Landeskrankenanstalt in Ungarisch-Grabisch bei der Hypothekbank in Brünn eine Anleihe von zwei Millionen Kronen aufzunehmen.

Gegen die Auswüchse des Wahlkampfes. Berlin, 4. März. In einer Mitteilung des Polizeipräsidenten heißt es: Die Wahlpropaganda der rechts- wie linksliberalen Parteien hat Auswüchse gezeigt, die nicht mehr gebildet werden können.

Kommunistisches Waffenlager in Klagenfurt ausgehoben. Klagenfurt, 4. März. (RN.) Nach stundenlangen Hausdurchsuchungen fand die Bundespolizei in einem Hause auf dem Co. Varienberg in der Wohnung des Arbeitslosen Andreas Fijl unter dem Fußboden ein reichhaltiges Waffenlager der kommunistischen Arbeiterwehr vor.

Klagenfurt, 4. März. (RN.) Nach stundenlangen Hausdurchsuchungen fand die Bundespolizei in einem Hause auf dem Co. Varienberg in der Wohnung des Arbeitslosen Andreas Fijl unter dem Fußboden ein reichhaltiges Waffenlager der kommunistischen Arbeiterwehr vor. Es wurden u. a. ein Maschinengewehr, Karabiner, Pistolen, Revolver, Bajonette, Maschinen-gewehrerohre mit Gurten und Munition beschlagnahmt.

Tagesneuigkeiten

Das Jittauer Stadttheater niedergebrannt.

Jittau, 4. März. Das Stadttheater ist heute früh zwischen 2 und 3 Uhr völlig ausgebrannt. Das gesamte Bühnenhaus wurde ein Raub der Flammen. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht bekannt.

Neun Nazi-Studenten verhaftet.

Die Haupt- und Staatsaktion der Prager Polizei geht weiter.

Prag, 4. März. Amtlich wird mitgeteilt: Bei der Untersuchung, die hinsichtlich der rechtswidrig weiterbestehenden Organisation „Volkspfort“ in Prag geführt wurde, wurde in der Wohnung des Obmannes der Kreisleitung dieser Organisation Alexander Peter m. i. m. in deutschen Studentenheim in Prag II, eine umfangreiche Korrespondenz beschlagnahmt, die von der geheimen (?) Tätigkeit und Organisation zeugt.

Tägliche Blutopfer der politischen Kampfes im Reich.

Glöbbed, 3. März. Der 21jährige Arbeiter Strojfeld aus Glöbbed, Mitglied der SPD, der bei den politischen Ausschreitungen gestern Abend einen Oberschenkelanschlag erlitten hatte, ist heute im Krankenhaus gestorben.

Berlin, 4. März. Am Werbelsin-See wurde gestern Abends ein Postomnibus, in dem sich Nationalsozialisten befanden, beschossen. Die Täter — in den Morgenblättern wird von Kommunisten gesprochen — sind entkommen.

Amerikas traurige Genation.

Lindberghs Kind noch nicht gefunden. — Todesandrohungen?

New York, 4. März. (Reuter.) Trotz der fieberhaften Tätigkeit des gesamten Polizeapparat der Vereinigten Staaten, der bis auf den letzten Mann mobilisiert wurde, und trotz der Hilfsbereitschaft des Großteils der Bevölkerung, wurde der kleine Sohn Lindberghs noch immer nicht aufgefunden.

Ein an Oberst Lindbergh gerichteter Brief droht, daß er im Falle der nicht rechtzeitig erfolgten Uebergabe des Lösegeldes getötet werden würde. Diesem Briefe legt die Polizei große Bedeutung bei, da die Schrift identisch ist mit jener, in der der erste Brief verfaßt wurde.

Im Zusammenhang mit der Entführung wurden bereits 600 Personen einvernommen. Einer von ihnen wurde in Haft behalten. In einer New Yorker Vorstadt wurde eine Korrespondenzliste aufgefunden, auf der geschrieben stand: „Das Kind ist des Todes!“

Oberst Lindbergh hat sich mit den Entführern seines Sohnes durch einen Aufruf in direkter Verbindung zu setzen versucht. Lindbergh schlägt vor, daß sich Vertreter an einem neutralen Orte treffen sollen, um über die Herausgabe des Kindes zu verhandeln.

Grippe-Epidemie in Breslau. In Breslau häufen sich in den letzten Tagen die Grippefälle in erschreckendem Umfang. In zwei Häusern mußten Schulen geschlossen werden. In manchen Klassen ist mehr als die Hälfte der Schüler erkrankt.

Der Raubmord, dem am 2. März der Berliner Futtermittelhändler Julius Meyerhardt zum Opfer fiel, ist jetzt von der Nordkommission aufgeklärt worden. Die Täter, zwei junge Burken, sind Freitag Vormittags festgenommen worden.

Der Obmann der jüdischen Kultusgemeinde und die Nazi. Man sollte meinen, daß bei dem bekannten Geschehnisse der Nazi die Anhänger der Hitlerbewegung und der Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde nur wenig miteinander zu tun haben.

Kohlengasvergiftung. In einem Ort bei Aarhus auf Jütland wurden Freitag früh sechs junge Leute, die in dem Erdbaus einer Gärtnerei geschlafen hatten, durch Kohlenoxydgas vergiftet aufgefunden.

Akten auf eine Zeitung. Gestern früh um 4 Uhr explodierte in Spalato in der Replid-Strasse eine Betarde. Durch die Untersuchung, die die Polizei sofort einleitete, wurde festgestellt, daß die Betarde unter das ebenerdige Fenster des Mattes „Nova Doba“ gelegt war.

Kirchliche Propaganda für Konfessionslosigkeit. Am Sonntag wurde in Eger die im Krankenhaus verlebene Straßwalchensführergattin Anna Müller in Eger beerdigt. Sie war im Krankenhanse mit den Sterbefragmenten versehen worden und auch eine Seelenmesse war für sie bestellt worden.

Der türkische Generalkonsul in Marseille, Servet Tschermak Bey, wurde Freitag nachmittag im Büro von einem 23jährigen Diener des Konsulates erschossen. Der Täter hat dann Selbstmord begangen.

Flugzeug unterm Mikroskop. Aus London wird gemeldet: Die Maschine, mit der der Fliegerleutnant Stainforth im September vorigen Jahres mit einer Stundengeschwindigkeit von 407,5 Meilen den Weltrekord aufstellte, wurde völlig zerlegt, um in den Fabriken der Rolls-Royce-Gesellschaft eingehend überprüft werden zu können.

Ein Mörder entschuldigt sich. Ein merkwürdiger Fund, der in Berlin-Weißensee gemacht wurde, hat die Untersuchung wegen der Ermordung des Kaufmannes Julius Meyerhardt in der Milastraße in neue Bahnen gelenkt.

Der Grubenhunde-„Tag“ erhielt, wie wir aus der uns übersandten Abschrift erfahren, dieser Tage folgenden Brief seines Mitarbeiters Heinz Werner Spalowski - Hans Erich Raminiski - Kamler: An die Schriftleitung des „Tag“: Lieber Herr Volksgenosse!

Der Grubenhunde-„Tag“ erhielt, wie wir aus der uns übersandten Abschrift erfahren, dieser Tage folgenden Brief seines Mitarbeiters Heinz Werner Spalowski - Hans Erich Raminiski - Kamler: An die Schriftleitung des „Tag“: Lieber Herr Volksgenosse!

Für die Aufnahme meiner verschiedenen, in die Kategorie der Grubenhunde gehörenden Artikel bin ich Ihnen zu herzlichem Dank verbunden. Dagegen höre ich zu meiner Verwunderung und, wie ich sagen muß, auch zu meiner großen Empörung, daß Sie mir kürzlich in einerartig Abschied durch meine regelmäßige Mitarbeit so interessieren und vor allem so weit bekannt gewordenen Blattes gewinnbringende Beiträge unterzogen und ungelesen geschrieben haben, ich bezöge aus meinen „Falschungen“ ein Einkommen.

Zeichne ich mit köstlichem Gruß Spalowski - Raminiski, Gendarmerie-Wachmeister von Hildburghausen.

Arbeitslos. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet: Der Bericht der militärischen Untersuchungskommission über die Besichtigung des deutschen Dampfers „Baden“ durch die brasilianischen Joris am 24. November 1930 lautet zu dem Schluß, daß die Granate aus Bersechen abgeschossen wurde.

Schneeridder. Riesengebirge: Naturfreundehaus Königshöhe (830 Meter): Pulverschnee, Skifahrer sehr gut, früh 10 Uhr Grad Kälte, sonnig. Erzgebirge: Naturfreundehaus Gerdsdorf (800 Meter): Pulverschnee, Skifahrer gut, sonnig, früh 6 Grad Kälte.

Wiener Nordprozess. Vor dem Wiener Schwurgericht begann Donnerstag der Prozess gegen den türkischen Studenten, den Kommunisten Villovic, der den reichsdeutschen Kaufmann Semmelmann ermordet hatte.

Bürgerliche Sportlerleitung. In Amerika hat kürzlich die Fußballvereine ihren Jahresbericht herausgegeben, aus dem hervorgeht, daß die Vereinigung nicht weniger als 43 Todesfälle infolge von Verletzungen beim Fußballspiel zu verzeichnen hat.

Lenintreuz für Hitler.

Der Tschelamörder Felix Reumann, eine typische Verbredergestalt aus den wildesten Zeiten der kommunistischen Partei, reist in Deutschland von Ort zu Ort, um in Propagandaversammlungen für die Nazis und für die Wahl Hitlers zu agitieren.

Kaumann hat inzwischen einen Konkurrenten erhalten. In der „Frankfurter Zeitung“ in Ansbach wurde ein großes Inserat für eine nationalsozialistische Versammlung veröffentlicht, in der Propaganda für die Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten gemacht werden sollte.

Karl Köhner, Elektromonteur aus Chemnitz (in Tschelakuniform), ehemaliger Kommunisten- und Tschelakführer, Inhaber des Lenintreuzes, des Schorschkäppchenabzeichens der Tschelka und des Internationalen Kongressabzeichens.

Was dem Fremdenwort Feindes ist die nationalsozialistische Partei auf Tschelamörder und Inhaber des Lenintreuzes verfallen. Die Parole heißt nicht mehr: Mit den Fremdenwörtern gegen die Republik, sondern: Mit dem Lenintreuz für Hitler gegen die Republik!

Wer wagt ein Unterchied ist zwischen diesen kommunistischen Renegaten, die offen für Hitler Propaganda machen, und der kommunistischen Partei, die durch ihre Tschelamandidatur die Lohne der Nationalsozialisten fördert? Auch für sie gilt: Mit dem Lenintreuz für Hitler!

